



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

24. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz

30. August 2016 in Neuruppin

31. August 2016 in Berlin, Rheinsberg und Potsdam



Programm

30. August 2016

Begrüßung

11.00 Uhr **Grußworte des Landes Brandenburg und der Stadt Neuruppin**
Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
Jens-Peter Golde, Bürgermeister der Stadt Neuruppin

Auftakt

11.20 Uhr **Auftaktrede des Bundes**
„Künftige Herausforderungen in der historischen Stadt unter Wachstums- oder Schrumpfungsbedingungen“
Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

11.45 Uhr **Einführungsvorträge**
(Re)Aktionen bei Wachstum und Schrumpfung in der historischen Stadt
Prof. Christa Reicher, Technische Universität Dortmund / Städtebau und Bauleitplanung

Aktuelle Wanderungsbewegungen und ihre Auswirkungen auf Wachstum und Schrumpfung
Prof. Harald Herrmann, Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Kulturhauptstadt 2016: Breslau – Umgang mit dem bauhistorischen Erbe verschiedener Zeitschichten
Dr. Katarzyna Młynczak-Sachs, Kulturhauptstadtbüro Breslau

13.00 Uhr Mittagsimbiss

Themenrunden

13.45 Uhr **Zeitschichten im Blick**
Intro: Prof. Dr. Stefan Winghart, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Im Gespräch mit:
Sabine Kling, Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
Juliane Naumann, Baubürgermeisterin der Stadt Bautzen
Dr. Katarzyna Młynczak-Sachs, Kulturhauptstadtbüro Breslau

- 14.45 Uhr Menschen in Bewegung**
Intro: Prof. Manuel Herz, Manuel Herz Architects & Lehrstuhl für Architektur und Städtebau, Universität Basel
- Im Gespräch mit:*
Daniel Fuhrhop, Buchautor und Architektexperte
Rainer Vidal, Bürgermeister der Stadt Nieheim
Prof. Dr. Sigrid Brandt, Universität Salzburg / Abteilung Kunstgeschichte
- 15.45 Uhr Kaffeepause
- 16.15 Uhr Bauen findet statt**
Intro: Andreas Schulten, bulwiengesa AG
- Im Gespräch mit:*
Christian Kuhlmann, Baubürgermeister der Stadt Biberach an der Riß
Dr. Arnold Bartetzky, Universität Leipzig, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas
Matthias Pludra, Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG
- 17.15 Uhr Ausblick**
- 17.20 Uhr Abschlussvortrag**
Daniel Fuhrhop, Buchautor und Architektexperte
- 18.00 Uhr Sommertheater**
theater89
- 19.00 Uhr Festakt „25 Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz“**
- Zur Einstimmung**
Film „25 Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz“
- 19.10 Uhr Grußwort und Auftakt**
Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- 19.30 Uhr Grußwort des Landes Brandenburg**
Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
- 19.45 Uhr Musikalischer Beitrag vom „KAISER-QUARTETT“**
- 19.50 Uhr Festvortrag**
Dr. Friedrich Dieckmann, Schriftsteller und Publizist
- Ab 20.30 Uhr Buffet und musikalisches Rahmenprogramm vom „KAISER-QUARTETT“**

31. August 2016

Themenwerkstätten mit problemorientierten Stadtrundgängen

Themenwerkstatt I Berlin: Zeitschichten

Ort: Kinder- und Familienzentrum, Adalbertstraße 23b, 10997 Berlin

Moderation: Claudia Mucha, complan Kommunalberatung

09.30 Uhr Problemorientierter Stadtrundgang

11.00 Uhr Kaffeepause

11.30 Uhr Werkstattgespräch

Einführung „Zeitschichten“

Luisenstädtischer Kanal – Stadtreparatur zwischen Ost und West –
Erlebarmachung eines Stadtraums

Maria Berning, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Statements

Statement aus Sicht des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg

Matthias Peckskamp, Stadtentwicklungsamt des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg

Statement aus Sicht des Bezirks Mitte

Reinhard Hinz, Stadtentwicklungsamt des Bezirkes Mitte

Statement aus Sicht der Denkmalpflege

Klaus Lingenauber, Landesdenkmalamt Berlin

Zeit für Rückfragen

12.30 Uhr Ende des Tagungsprogramms

Themenwerkstatt II Rheinsberg: Menschen in Bewegung

Ort: Remise am Schloss Rheinsberg, Mühlenstraße 15a, 16831 Rheinsberg

Moderation: Jana Breßler, complan Kommunalberatung

09.30 Uhr Werkstattgespräch

Einführung „Menschen in Bewegung“

Bewohner, Besucher, Beschäftigte – Chancen für die Stadtentwicklung

Thomas Lilienthal, Referent für Stadtentwicklung der Stadt Rheinsberg

Monika Platz, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

Statements

Statement zum Tourismus

Peter Vogt, Haus Rheinsberg Hotel am See

Statement zu Arbeitsmarkt und Handwerk

Karl Fulle, fulle Keramik

Zeit für Rückfragen

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr Problemorientierter Stadtrundgang

Hans-Norbert Gast, Stadt- und Parkführer

Jan Dayß, Geigenbauer

Hendrik Schink, Keramikmuseum der Stadt Rheinsberg

Katrin Wagner, marmelo manufaktur brandenburg

Peter Vogt, Haus Rheinsberg Hotel am See

12.30 Uhr Ende des Tagungsprogramms

Themenwerkstatt III Potsdam: Bauen findet statt

Ort: Landtag Brandenburg, Raum 1.050

Moderation: Ina Zerche, complan Kommunalberatung

09.30 Uhr Werkstattgespräch

Einführung „Bauen findet statt“

Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte

Andreas Goetzmann, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Potsdam

Statements

Statement aus Planersicht

Prof. Urs Kohlbrenner, Stadtplaner Berlin

Statements aus Sicht von Bürgerinitiativen

André Tomczak, Potsdamer Mitte neu denken

Saskia Hüneke, Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS e.V.) und Stadtverordnete

Zeit für Rückfragen

11.00 Uhr Kaffeepause

11.30 Uhr Problemorientierter Stadtrundgang

13.00 Uhr Ende des Tagungsprogramms

Unter dem Titel „Umgang mit Wachstum und Schrumpfung in der historischen Stadt“ nahm der 24. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz Herausforderungen und daraus resultierende Anpassungsmaßnahmen in den Blick und betrachtete geeignete Instrumente und Strategien, um die weitere Entwicklung zukunftsweisend zu gestalten. Der Bundeskongress, den complan Kommunalberatung im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit inhaltlich vorbereitete und durchführte, fand am 30. August 2016 in Neuruppin und am 31. August 2016 mit Themenwerkstätten in Berlin, Rheinsberg und Potsdam statt. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz gab es am Abend des 30. August 2016 außerdem einen Festakt in der Kulturkirche Neuruppin. Im Mittelpunkt standen dabei die Bilanz der bisherigen Programmumsetzung, aber auch künftige Herausforderungen in historischen Stadtquartieren.

Begrüßung

Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, begrüßte die Teilnehmer und wies darauf hin, dass die Erfolgsgeschichte des Städtebaulichen Denkmalschutzes mit der Neuruppiner Erklärung ihren Anfang nahm. Das diesjährige Kongressthema ist auch in Brandenburg ein aktuelles Thema: Nicht nur überregional, sondern auch kleinräumig in den Regionen zeichnet sich ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung ab. Auch wenn in den vergangenen Jahren mithilfe des Städtebaulichen Denkmalschutzes viel erreicht werden konnte, ist der Prozess noch nicht abgeschlossen. In der Zukunft stellen beispielsweise der demografische Wandel und die energetische Sanierung weitere Herausforderungen dar. Frau Schneider dankte sowohl den Akteuren vor Ort für ihr Engagement als auch dem Bund für die Bereitstellung der Fördermittel und betonte, dass die Unterstützung der Städte durch das Land Brandenburg auch weiterhin geplant ist.

Jens-Peter Golde, Bürgermeister der Stadt Neuruppin, hieß die Teilnehmer ebenfalls herzlich willkommen und blickte stolz auf die positive Entwicklung Neuruppins in den vergangenen 25 Jahren zurück. Durch die Mangelwirtschaft in den 40 Jahren der DDR konnte in der Stadt viel Originalsubstanz erhalten werden. Nach der Wende nahm man sich der in vielen Fällen erhaltenswerten historischen Bausubstanz an. Der historische Stadtkern von Neuruppin zeigt heute eindrucksvoll, was durch die seit 1991 getätigten Investitionen, die durch Fördermittel des Bundes und des Landes in Höhe von 40 Millionen Euro unterstützt wurden, erreicht werden konnte.

Auftakt

Künftige Herausforderungen in der historischen Stadt unter Wachstums- oder Schrumpfungsbedingungen

Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, ließ in seinem Vortrag zunächst die Geschichte des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz seit seiner Einführung Revue passieren. Dabei sprach er insbesondere allen ehemaligen sowie derzeitigen Mitgliedern der Expertengruppe einen herzlichen Dank aus. Bis heute konnten in insgesamt 503 Städten und Gemeinden Maßnahmen im Programmbereich des Städtebaulichen Denkmalschutzes durchgeführt werden.

Der Kongress greift einerseits die seit etwa zehn Jahren deutlich ansteigende Attraktivität von (Groß-)Städten auf, die durch den verstärkten Zuzug nach Deutschland, die Binnenwanderung und durch veränderte, individuelle Präferenzen sowie räumliche Standortmuster in der Ökonomie getragen wird. Auf der anderen Seite verzeichnet eine Vielzahl deutscher Kommunen Bevölkerungsverluste, die oftmals mit Alterungsprozessen als Folge einer altersselektiven Abwanderung einhergehen. Herr Adler betonte, dass der Umgang mit Schrumpfung eine ebenso große Aufmerksamkeit wie die

Gestaltung von Wachstum erfordert. Insbesondere Klein- und Mittelstädte außerhalb der Großstadregionen sind aufgefordert, ihre Standorte als Ankerpunkte der räumlichen Entwicklung zu sichern und qualitativ auszubauen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Entwicklung der historischen Stadtquartiere. Sie sind in derselben Weise von gesellschaftlichen Entwicklungen, Trends und Tendenzen betroffen wie andere Quartiere, können in ihrer Bausubstanz jedoch nicht beliebig verändert werden. Ihre Entwicklung erfordert daher Fingerspitzengefühl für die unterschiedlichsten Anforderungen, die sich etwa aus den verschiedenen Nutzungen ergeben. Im Umgang mit historischen Stadtquartieren ist auf folgende Grundsätze zu achten: Die historische Stadtstruktur soll erhalten und der Abriss wertvoller Bausubstanz vermieden werden. Der historische Bestand ist ein unersetzbares Potenzial. Eine zeitgemäße Gestaltung hebt die Qualität von historischen Stadtquartieren, die durch das ausgewogene Verhältnis von Gebäuden und Freiraum zumeist per se gegeben ist, hervor. Eine gemischte Nutzung spiegelt städtische Vielfalt wider. Außerdem prägen historische Quartiere die städtische Identität maßgeblich.

Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz dient seit seinem Beginn als Instrument für die integrierte Entwicklung städtischer Räume. Wie gelungene Beispiele aus der Programmlaufzeit zeigen, stellen Denkmalentwicklung und Stadtentwicklung keinen Widerspruch dar, wenn Lösungen im Dialog mit der jeweiligen Ausgangssituation entwickelt und umgesetzt werden. Historische Stadtkerne und Stadtteile sind baukulturelle Visitenkarten des Landes und befördern Identität und Imagebildung. Sie müssen als Orte des Wohnens, Arbeitens, Handels, der Freizeit und Bildung sowie als touristische Ziele bewahrt, erhalten und erneuert werden. Die Bundesregierung wird im Rahmen aller Städtebauförderprogramme sowohl die wachsenden als auch die schrumpfenden Städte in Zukunft weiterhin unterstützen.

(Re)Aktionen bei Wachstum und Schrumpfung in der historischen Stadt

Prof. Christa Reicher aus dem Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung der TU Dortmund führte in ihrem Beitrag zunächst in die Rahmenbedingungen von Wachstums- und Schrumpfungsprozesse ein und setzte sich mit Herausforderungen und Widersprüchen der Stadtentwicklung auseinander. Die räumliche Dimension von Identität, also die Einmaligkeit stadträumlicher Erscheinungen und markanter Landschaftselemente, steht bei der Imagebildung oft im Fokus, aber die soziale Dimension von Identität und damit die Kommunikation mit den Menschen ist ebenso wichtig. Der Blick sollte auf die Bedürfnisse der Bewohner gerichtet sein und die Dichte als abstrakte Größe in vernünftiger Relation zur Nutzung angesehen werden. Auch der Freiraum sollte als wichtige Komponente der Urbanität einbezogen werden. Weiterhin stehen die Städte vor großen Herausforderungen zwischen Digitalisierung und lokaler Atmosphäre, beispielsweise in Bezug auf die Konkurrenzsituation zwischen Einzel- und Onlinehandel. Ferner sind historische Städte unter anderem durch die Folgen des Klimawandels bedroht. Hieran sind historische Strukturen angemessen anzupassen, ohne ihre prägende und identitätsstiftende Gestaltung zu überformen. Für entsprechende energetische Lösungen sollte stärker das Quartier und weniger das Einzelgebäude im Fokus stehen.

Den konkreten Umgang mit der historischen Stadt veranschaulichte Frau Prof. Reicher an vier Handlungsansätzen. Sie plädierte für ein angemessenes Verhältnis von Konstanz und Variabilität bei der Entwicklung der Städte und für ein zeitlich behutsames Eingreifen. Außerdem bedarf es der Auseinandersetzung mit der Inwertsetzung des öffentlichen Raumes als Rückgrat und „Visitenkarte“ der Städte. Das Grün als Element der Stadtgestaltung sollte auch in der historischen Stadt stärker genutzt und die Landschaft als Teil der Stadt begriffen werden. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist zudem die (Weiter-)Entwicklung von neuen Instrumenten und Verfahren der Gestalt- und Qualitätssicherung. Dabei ist grundsätzlich die Kombination von Leadership und neuen Formen der Beteiligung wichtig.

Auch wenn sich die Entwicklung historischer Quartiere nicht nach einem Patentrezept vorantreiben lässt, lassen sich gemeingültige Empfehlungen formulieren: Eine Diskussion über Lebensqualität statt einer abstrakten Qualitätsdiskussion ist sinnvoll. Historische Städte sind aufgefordert, trotz ihrer für sich begünstigten „Ausgangslage“ ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Mit den Konstanten ist dabei sorgsam umzugehen, die Forderung nach einer höheren Dichte und schnellerem Wachstum zu bewältigen. Die spezifische Dichte und die richtige Geschwindigkeit der Entwicklung sollte hier kritisch begutachtet werden.

Aktuelle Wanderungsbewegungen und ihre Auswirkungen auf Wachstum und Schrumpfung

Prof. Harald Herrmann, Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, gab in seinem Vortrag einen Überblick über die aktuellen demografischen Entwicklungen in den Städten und Regionen der Bundesrepublik Deutschland und erläuterte deren Bedeutung für Wachstum und Schrumpfung. Die Statistiken zu Wohnungsleerstand zeigen, dass große Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern bestehen: Insbesondere die neuen Bundesländer sind derzeit als Folge der Nachwendezeit, u.a. durch Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Schrumpfung, von einer hohen Leerstandsquote geprägt. Die Wahrscheinlichkeit, dass historische Stadtquartiere hiervon betroffen sind, ist hier ungleich größer.

Aktuelle Debatten um Wachstum fokussieren sich jedoch vorwiegend auf die positive Entwicklung der Großstädte und die Herausforderungen von Wachstum und Nutzungsdruck. Ausgelöst durch die Einwanderung vorwiegend junger Menschen ist vor allem die Wohnqualität in der Großstadt ausschlaggebend für die Zuwanderung. Demgegenüber steht die hohe Anzahl an schrumpfenden Kommunen in der Bundesrepublik. In den betroffenen Mittel- und Kleinstädten hat die Schrumpfung oftmals eine Negativspirale der Stadtentwicklung zur Folge: Mit dem Rückgang der Bevölkerung geht ein Rückgang des Einkommensniveaus und daraus folgend eine Schrumpfung der kommunalen Einnahmen einher. Diesen großräumigen Trends steht die allgemeine Stärkung der Innenstädte gegenüber. Insbesondere die Zentren von Mittel- und Kleinstädten außerhalb von Großstadregionen haben hierbei vom Programm Städtebaulicher Denkmalschutz profitiert – in den wirtschaftsschwachen Räumen Ostdeutschlands konnten die Innenstädte mithilfe der Förderung als attraktive Wohnstandorte erhalten und gestärkt werden. Rund 300 Maßnahmen unterschiedlichster Art wurden zwischen 1991 und 2015 mit ca. 3,5 Milliarden Euro Bundesfinanzmitteln gefördert.

Die Herausforderungen in strukturstarken und strukturschwachen Regionen sind und bleiben weiterhin unterschiedlich: Stehen in strukturschwachen Regionen vor allem die Bewahrung, der Erhalt und die Weiterentwicklung des historischen Bestands im Fokus, wird in den wirtschaftsstarken Regionen eine qualitativ neue Phase der erhaltenden Stadterneuerung notwendig sein – mit dem baukulturellen Erbe als Ausgangspunkt einer integrierten Stadtentwicklung. Abschließend betonte Herr Prof. Herrmann, dass eine Stadtentwicklung unter Wachstumsdruck besondere Anstrengungen benötigt, um die Funktionsvielfalt und soziale Mischung der historischen Stadtquartiere weiterhin zu erhalten. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz habe sich bisher als Instrument zur Herstellung einer ost- und westdeutschen Einheit bewährt und soll auch weiterhin bundesweit Anwendung finden.

Kulturhauptstadt 2016: Breslau – Umgang mit dem bauhistorischen Erbe verschiedener Zeitschichten

Dr. Katarzyna Młynczak-Sachs aus dem Kulturhauptstadtbüro Breslau bedankte sich für die Einladung zum Kongress und gab mit ihrem Beitrag einen Einblick in den Umgang mit dem bauhistorischen Erbe verschiedener Zeitschichten in der Kulturhauptstadt Breslau und deren Verknüpfung mit der Identität

der Stadt und ihrer Bevölkerung. Als eigenständige, aber in Kooperation mit der Stadt Breslau arbeitende Organisation, ist das Kulturhauptstadtbüro für die Vorbereitung des Kulturhauptstadtprogramms zuständig. Die architektonischen Projekte ziehen zahlreiche Besucher an und stoßen bislang auf großes Interesse. Langfristige Ziele des Kulturhauptstadtprogramms sind neben der Schaffung eines Zugangs zu Kultur und der Beteiligung an ihr, auch Marketing und Tourismus.

Anhand von drei Gebieten stellte Frau Młynczak-Sachs exemplarisch den Umgang mit den verschiedenen Zeitschichten im Rahmen des Kulturstadtprogramms vor: Odervorstadt, WuWA-Siedlung und Jahrhunderthalle. Mit der Revitalisierung der Odervorstadt wurde bereits 2004 begonnen. In dem 35.000 Einwohner zählenden Gebiet stehen der öffentliche Raum und die Bebauung im Zentrum der Förderungen. Neben neuen Investitionen am Rande der Stadt, fokussiert die Stadt ihre Bestrebungen vor allem auf die Hinterhöfe, von denen eine Vielzahl sanierungsbedürftig ist. Mittlerweile finden hier neben zahlreichen Werkstätten, Galerien und Handwerkskern auch neue, u.a. städtische Einrichtungen wie z.B. Bildungs- und Kulturinitiativen ihren Platz – dies wirkt sich vor allem positiv auf die sozialschwächeren Quartiere aus. Im Jahr 2007 unter Denkmalschutz gestellt, finden seit 2009 in der WuWa-Siedlung aus den 1920er Jahren Revitalisierungsmaßnahmen statt. Neben der Sanierung der Gebäude und der Neugestaltung des öffentlichen Raums wurde ein Informationszentrum über die WuWa eingerichtet. Die WuWA II-Siedlung ist als Mustersiedlung für das neue Jahrhundert geplant und befindet sich aktuell noch in der Realisierung. Als drittes Projekt stellte Frau Młynczak-Sachs die Jahrhunderthalle vor, die seit 2007 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt. Hier stand u.a. die Revitalisierung des Vier Kuppel Pavillons im Zentrum, der heute als Museum für zeitgenössische Kunst genutzt wird.

Neben diesen Beispielprojekten sind rund 500 Millionen Euro in die Kulturbauten der Stadt Breslau geflossen – Investitionen betrafen dabei Gebäude wie das Musiktheater Capitol und das Programmkinos „Nowe Horyzonty“. Der Umgang mit der Breslauer Architektur der 1960er und 1970er Jahre ist bestimmt durch zwei zentrale Anforderungen: ihrer Revitalisierung und der Vermittlung ihrer Bedeutung an die Bevölkerung. Auch durch mediale Projekte, z.B. Stadtführer und Apps, konnte wachsendes Interesse für die Bauten dieser speziellen Zeitschichten geschaffen werden.

Themenrunden

Zeitschichten im Blick

Prof. Dr. Stefan Winghart, Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, beleuchtet zunächst die Geschichte des Phänomens „Stadt“ und die spezifischen Eigenschaften, die die Langlebigkeit insbesondere der europäischen Stadt begründen: Als sich stets verändernder Organismus ist diese geprägt durch Anpassung und Bewegung – insbesondere die stets wiederkehrende Kraft zur Erneuerung und Weiterentwicklung kennzeichnet die europäische Stadt. Geprägt durch eine gewachsene Kleinteiligkeit bestimmen das Miteinander der einzelnen Zeitschichten und deren Überlagerung ihren identitätsstiftenden Charakter.

Als irreführend beschreibt Prof. Dr. Winghart daher den Begriff der neuen „Meta-Städte“, die im Gegensatz zur gewachsenen europäischen Stadt weder Wandel noch historische Kontinuität verkörpern. „Meta-Städte“ hingegen sind Ausdruck des aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustands – in ihrer Profitorientierung und Verbrauchsmentalität sind ihnen die Existenzprämissen der alten europäischen Stadt fremd. Die europäische Stadt droht durch diese neuen Zeitschichten und die damit verbundene „Billig-Architektur“ überfordert zu werden. Den Einzug dieser „Meta-Stadt“-Mentalität in

die europäische Stadt beschreibt Prof. Dr. Winghart als historischen Fehler. Ihm würden ein Abbruch der Entwicklungsdynamik der europäischen Stadt und damit die Entwicklung einer „gesichtslosen“ Stadt folgen.

Zahlreiche Kommunen sind dieser Entwicklung bereits erfolgreich begegnet – mit denkmal- und stadtverträglichen Lösungen für den Einzug von Handelsunternehmen in die historischen Altstädte und gleichzeitiger Sicherung der urbanen Grundfunktionen sowie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Mit dem Titel „Zeitschichten im Blick“ wird aus Sicht von Herrn Prof. Dr. Winghart ein historisches Grundverständnis von der europäischen Stadt impliziert, ohne das eine Identifikation der Bürger mit der europäischen Stadt nicht möglich wäre. Dieses nicht nur über den Erhalt der Bauten, sondern auch deren Aussage und Gehalt, zu bewahren, sei Aufgabe des städtebaulichen Denkmalschutzes.

Gesprächsrunde

*Prof. Dr. Stefan Winghart, Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege
Sabine Kling, Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
Juliane Naumann, Baubürgermeisterin der Stadt Bautzen
Dr. Katarzyna Młynczak-Sachs, Kulturhauptstadtbüro Breslau*

Als Einstieg in die Gesprächsrunde „Zeitschichten im Blick“ wurde zunächst die Frage nach der Beschaffenheit der Zeitschichten in der europäischen Stadt vertieft und die unterschiedlichen Ausgangssituationen in Breslau, Manchester, Bautzen und dem Land Schleswig-Holstein beleuchtet. So ist z.B. Schleswig-Holstein derzeit mit elf Gebieten im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz vertreten. Deren Ausprägung ist dabei sehr vielschichtig: Neben historischen Stadtkernen wie der Lübecker Altstadt sind u.a. die Seefestung in Kiel, die Beamtensiedlung in Brunsbüttel und die Arne-Jacobson-Siedlung in Burgtiefe auf Fehmarn Programmgebiete.

Es wurde deutlich, dass neben dem generellen Verständnis der Bürgerschaft für die historischen Zeitschichten vor Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere bei der Unterschätzung moderner Architektur z.B. der 1970er Jahre oftmals Akzeptanzprobleme bestehen. Die Vermittlung der Wertigkeit der Zeitschichten ist hier von besonderer Bedeutung – im Mittelpunkt des didaktischen Prozesses sollte nicht nur die gestalterisch-ästhetische, sondern auch die historische Dimension stehen. Hierzu ist ein „Sehen-Lernen“ des Betrachters notwendig, um spezielle Formensprachen zu entschlüsseln und innovative, erhaltenswerte Bauten zu erkennen. Künftig sollten Ensembles und Gebiete der 1950er und 1960er Jahre stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Im Umgang mit den verschiedenen Zeitschichten einer Stadt wird ein selbstbewussterer, mutigerer Umgang sowohl mit den Veränderungen von Einzelgebäuden und Quartieren wie in Manchester als auch mit dem Aussetzen von Maßnahmen an z.B. „großen Brocken“ angeraten. Eine Herausforderung ist und bleibt das Erkennen von schützenswerten Zeitschichten – diese zu erfassen und zu erhalten benötigt Zeit. Die „Wegwerf-Mentalität“ birgt hier Gefahren für den Fortbestand und die Entwicklung künftiger Zeitschichten. Die der Stadt immanente Veränderung und Abfolge von Zeitschichten sollte neben Qualität und Anspruch kontinuierlich Bestand haben und städtebauliche Beliebigkeit verhindert werden. Bei allen Belangen der Zeitschichten ist die Stadtgesellschaft in der Verantwortung – die Wertschätzung der Zeitschichten ist zugleich Zeichen ihres Selbstverständnisses.

Menschen in Bewegung

Prof. Manuel Herz, Manuel Herz Architects und Inhaber des Lehrstuhls für Architektur und Städtebau an der Universität Basel, zeigte in seinem einführenden Beitrag Ansätze auf, wie gesellschaftlichen Herausforderungen mithilfe von Architektur begegnet werden kann. Anhand von städtischen Beispielen griff er zunächst die Merkmale der „idealen“ Stadt gegenüber der „realen“ Stadt auf: Ist die „ideale“ Stadt geprägt durch eine gewisse Hermetik, zeigt die Realität, wie bedeutend Durchmischung und Heterogenität für lebendige urbane Quartiere sind. Dabei sichern die Akzeptanz von Migranten als urbane Akteure, die Schaffung von Räumen für Selbstständigkeit und Handel, die Nutzung der Erdgeschosse als Ort des Austausches und des Handels, die Entwicklung des öffentlichen Raums und Möglichkeiten zur funktionalen Flexibilität deren Lebendigkeit.

Diese Ideen wurden sowohl in studentischen Projekten als auch in der Realität bereits aufgegriffen: So könnte die Aufnahme von Flüchtlingen in schrumpfenden Städten als Anstoß für eine positive Entwicklung der Stadt genutzt werden, die errichteten Bauten später etwa für ältere Bewohner umgebaut werden. In der Gemeinde Sumte im Landkreis Lüneburg trug die Aufnahme von Flüchtlingen zur Verbesserung der Infrastruktur bei. Flüchtlinge und Migranten als urbane Pioniere eines neuen Quartiers wären nicht fremd, wenn weitere Wohnungen entstehen und neue Bewohner zuziehen würden. In diesem Kontext ist auch ein Nicht-Fertig-Bauen denkbar, wie es beispielsweise der Architekt Alejandro Aravena im sozialen Wohnungsbau in der Siedlung Quinta Monroy (Iquique, Chile) umsetzte. Dort wurden halbe Häuser errichtet, die mit der Zeit von den Bewohnern nach eigenen Vorstellungen vervollständigt wurden.

In Folge der Veränderung von traditionellen Familienbildern und des demografischen Wandels ist das Wohnen neu und flexibler zu denken. So ist auch in Wohngemeinschaften für Erwachsene mit privaten Rückzugsbereichen und Gemeinschaftsräumen das Wohnen mit Flüchtlingen denkbar. Anhand einer eigenen Arbeit in Köln-Ehrenfeld verdeutlichte Herr Prof. Herz, wie sich ein problematisches Quartier mithilfe einer verdichteten, heterogenen und attraktiven Struktur mit Hinterhöfen und Dachgärten sowie Wohnungsbau in verschiedenen Preisklassen neue Qualitäten einbringen lassen. Durch den verstärkten Zuzug von Migranten nach Deutschland entstehen auch in der Architektur neue Herausforderungen, wobei zukünftig bisherige Vorgehensweisen zu überdenken und Ideen eines flexibleren Bauens zu thematisieren sind.

Gesprächsrunde

Prof. Manuel Herz, Manuel Herz Architects, Lehrstuhl für Architektur und Städtebau, Universität Basel
Daniel Fuhrhop, Buchautor und Architekturexperte
Rainer Vidal, Bürgermeister der Stadt Nieheim
Prof. Dr. Sigrid Brandt, Universität Salzburg / Abteilung Kunstgeschichte

Als „anthropologische Konstante“ sind Migration, Wanderungsbewegungen und damit auch die aktuellen Einwanderungstendenzen durchaus keine neue Entwicklung. Bereits im 17. Jahrhundert prägten die Reisen der Architekten und Baumeister europäische Großstädte. Im 19. und 20. Jahrhundert setzte sich diese Entwicklung u.a. durch die Migration von Polen in das Ruhrgebiet fort. Insbesondere die Migration von Muslimen kennzeichnet heute zahlreiche Städte, wobei diese bislang keine bedeutenden Zeichen im Stadtraum hinterließen.

Wie die neuen Handlungsfelder gemeinsam mit den Flüchtlingen bewältigt werden können, verdeutlichte das Heimatwerker-Projekt der Stadt Nieheim. Geprägt durch die Herausforderungen von

Schrumpfung wird seitens rund 3.000 Einwohner zählenden Ackerbürgerstadt in der Zuwanderung eine Chance für die zukünftige Entwicklung Nieheims gesehen. Im Rahmen des Projekts, das mithilfe der Landesinitiative Stadtbaukultur NRW und der Hochschule Ostwestfalen-Lippe realisiert wird, wird ein leerstehendes Ackerbürgerhaus in gemeinschaftlicher Arbeit von Flüchtlingen, Studenten und Nieheimern saniert. Ziel des Projekts ist zunächst die Fertigstellung des Erdgeschosses um anschließend Raum für weitere Entwicklungen zu ermöglichen – und es letztlich einer gemeinschaftlichen Nutzung zuzuführen. Die Immobilie in unmittelbarer Nähe zum deutschen Käsemuseum als touristischem Highlight der Stadt hat auch symbolische Strahlkraft und ist damit eine Chance für die kleine Stadt.

Im Zuge des Gesprächs wurde deutlich, dass vor allem in Kernstädten ein leichter Umgang mit Migration möglich ist. Vorstädte hingegen könnten nur in Maßen Integration leisten. Behutsamkeit im Umgang mit Migration ist in diesen Stadtbereichen von besonderer Bedeutung. Zentral für alle Vorhaben im Bereich Migration und Integration ist der Kontakt und das Gespräch zwischen Deutschen und Migranten – Integration muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Unabdingbar ist hierfür die Unterbringung der Flüchtlinge verteilt über das gesamte Stadtgebiet und Geduld sowie Behutsamkeit im Umgang mit allen Akteuren.

Bauen findet statt

Andreas Schulten, Vorstandsmitglied der bulwiengesa AG, ging auf die aktuellen Entwicklungen des Wohnungs- und Büroimmobilienmarktes und die Bedeutung von historischen Stadtquartieren für die Branche ein. Die Frage nach dem Wert einer Immobilie ist aus seiner Sicht nicht nur eine Frage der städtebaulichen Kultur, der Baukultur oder des Denkmalschutzes, sondern auch des konkreten ökonomischen Wertes. Dabei ist abzuwägen, was kulturell gewollt und was ökonomisch möglich ist.

Immobilienmarktberichte dokumentieren die Entwicklungen des städtischen Immobilienmarktes, nicht nur für die Politik und Planungsverwaltung, sondern auch für die Eigentümer. Hierüber wird ermittelt, ob und welche privaten Akteure und Investoren Interesse haben, an den jeweiligen Standorten mitzuwirken und wo sich eine Investition entsprechend lohnend auswirkt. Denn: Insbesondere durch private Investoren wird eine tragfähige Entwicklung befördert und nicht nur eine Investition in eine schöne, aber leere Hülle getätigt. Hierauf aufbauend führte Herr Schulten die ökonomische Wertigkeit von Städten aus. Aufgabe der Politik ist sowohl der Erhalt dieser Werte als auch deren gemäßigte Steigerung. Beispielsweise sei die Bautätigkeit im Wohnungsbau zwar zentral, aber nicht alleinbestimmend für die Stadtentwicklung. So ist das Wissen um die Intentionen der internationalen Investoren auch für die Kommunen von Bedeutung – die großen, internationalen Investoren investieren vor allem in diese Werte. So gelten z.B. als „A-Städte“ qualifizierte Städte ökonomisch lukrativer als „B-Städte“, wie z.B. Frankfurt am Main mit dem höchsten Stadtwert je Einwohner nach München. Anders als anzunehmen, hat die Stadt ihren Wert in den letzten zehn Jahren jedoch nicht gesteigert. Unterschiedliche Strategien zur Steigerung bzw. zum Erhalt der städtischen Wertigkeit sollten stets mit anderen Städten verglichen und Entwicklungsmöglichkeiten differenziert betrachtet werden. Neben den großen „A-Städten“ wies Herr Schulten vor allem auf die kleineren „hidden champions“ hin, die durch behutsame Stadtreparaturen ihren Wert steigern konnten, z.B. Münster, Mainz oder Bonn.

Im Rahmen der Immobilienmarktberichte betrachtet die bulwiengesa AG laufend 125 Städte – die Kategorisierung der ABC-Städte ist dabei keine Frage der Qualität, sondern der Größe und Zentralität. Die Qualität wird mithilfe eines Scorings ermittelt. Herr Schulten schloss mit dem Hinweis darauf, dass nicht nur ästhetische Aspekte für das Management von Immobilien und die Entwicklung einer Stadt

notwendig sind, sondern vor allem die Berücksichtigung des Marktes und das Management der Immobilien mit dem Markt.

Gesprächsrunde

Andreas Schulten, bulwiengesa AG

Christian Kuhlmann, Baubürgermeister der Stadt Biberach an der Riß

Dr. Arnold Bartetzky, Universität Leipzig, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas

Matthias Pludra, Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG

Zentrale Themen im Rahmen der Gesprächsrunde „Bauen findet statt“ waren neben dem Erhalt und der Vermittlung von baulichen Qualitäten auch die besondere Bedeutung eines stetigen Dialogs zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtentwicklung. Die Hauptproblematik des Wachstums besteht darin, wie die große Bandbreite des Bestands tragfähig (weiter-)entwickelt werden kann. Außerhalb der Investitionen in den Neubau ist die Nutzung von Bestandsgebäuden – hier insbesondere Bauten der 1950er Jahre – und deren Anpassung an zeitgemäße Wohnstandards unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit eine besondere Herausforderung.

Daneben steht vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt auch der Erhalt der vorhandenen Qualitäten im Vordergrund – die Stadt Biberach an der Riß zeigt Möglichkeiten des Umgangs auf: So hat die seit dem Zweiten Weltkrieg von Entwicklungsdruck geprägte Stadt in Sorge um den Verlust wertvoller baulicher Qualitäten Instrumente entwickelt, um u.a. die Bauaktivitäten zu bremsen. Auf der Grundlage einer Stadtbildanalyse konnte die vorhandene Gestaltungssatzung verschärft werden. Die darin festgehaltenen Qualitäten werden durch einen Gestaltungsbeirat gesichert. Mit der Zielformulierung „Altes bewahren – Neues wagen“ möchte Biberach an der Riß wiederum die stetige Weiterentwicklung der Stadt unter Bewahrung einer hohen Qualität unterstreichen. Neues Bauen sollte – unter Berücksichtigung von Qualität und Nachhaltigkeit – entgegen der öffentlichen Wahrnehmung als Möglichkeit der Weiterentwicklung betrachtet werden. Um diese sicherzustellen, sind Kommunikationsprozesse wichtig – um Bedarfe zu ermitteln und Neubauten „auf der grünen Wiese“ zu verhindern. Eine intensive Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit kann qualitative Standards erklären und verdeutlichen. Um Neues zu schaffen, ohne das Alte zu kopieren, kann und muss Qualität im Bauen erlernt werden.

Unabhängig von den bewährten Instrumenten gibt es jedoch für die Steuerung von qualitätsvollen Neubauten kein allgemeingültiges Erfolgsrezept. Von vorrangiger Bedeutung sind das Engagement der Akteure, die genaue Betrachtung des Standorts und seiner Faktoren sowie die Stärkung seiner Eigenheiten – Ausnahmen sollten entsprechend gut begründet werden. Wo der Bestand auf Wachstumsdruck trifft, ist eine entsprechende Anpassung hieran notwendig. Zentral sei die Entscheidung der Stadt, welche Entwicklung sie verfolgen möchte. Der stetige Dialog zwischen Stadt und Wohnungswirtschaft ist dabei unerlässlich.

Abschlussvortrag

Daniel Fuhrhop, Buchautor und Architektexperte, sprach über Werkzeuge, Instrumente und Strategien, um den leergefallenen Bestand in deutschen Städten entgegen der aktuellen Neubauförderung wieder nutzbar zu machen. In der harten Konkurrenz zwischen Neubau und Altbau sprechen viele ökologische, ökonomische und soziale Aspekte für die Nutzung von Altbauten. Vor allem die Entwicklung des Wohnungsbestands seit 1991 bestätigt Zweifel an der Neubau-Mentalität, zeigt sich

doch das dieser seit 1991 unverhältnismäßig zum Anstieg der Bevölkerungszahl erhöht wurde. In der Beantwortung der Frage, wie und wo zukünftig gewohnt wird und wie Modelle und Werkzeuge zur Nutzung von Bestandsgebäuden besser genutzt werden können, wird ein Umdenken erforderlich sein.

Das grundsätzliche Wissen darum, wo Leerstand besteht, ist hierfür ausschlaggebend – Beratung und Förderung als Teil des Leerstandsmanagements bieten Möglichkeiten Altbauten wieder in Nutzung zu bringen und zu attraktivieren. Neben leergefallenen Häusern bestehen zudem in bewohnten Altbauten Verbesserungspotenziale, u.a. durch die Einrichtung gemeinschaftlicher oder generationenübergreifender Wohnprojekte. Für die verbesserte Ausnutzung der zum Teil untergenutzten Wohnungen und Einfamilienhäuser ist die Unterstützung der Politik von besonderer Bedeutung, so beispielsweise durch die Förderung von Einliegerwohnungen. Insbesondere mit Blick auf die Integrationschancen von Flüchtlingen sieht Herr Fuhrhop im massenhaften Neubau von Unterkünften keine Lösung. Mögliche Strategien erläuterte er unter Betrachtung der modellhaften „Willkommensstadt“ – einer durch Schrumpfung geprägten Stadt, die als Teil eines Wiederbelebungsprogramms Heimat für Flüchtlinge wird, wie die Stadt Altena in Nordrhein-Westfalen. Von Leerstand geprägt, beteiligt die Stadt, die Flüchtlinge am Ausbau von Wohnungen. Ein italienisches Konzept reaktiviert den Bestand über die Einrichtung verstreuter Hotels. Probewohnen bietet die Möglichkeit einen Einblick in Stadt und Wohnung zu erhalten und bestenfalls zu bleiben.

Das Umdenken und das Engagement, das bereits in den 1970er Jahren die Kahlschlag-Sanierung in Deutschland stoppen konnte, sollte aus Sicht von Herrn Fuhrhop auch heute wieder genutzt werden, um die Städte unabhängig von der persönlichen Herkunft als „Willkommensstadt“ zu gestalten.

Festakt „25 Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz“

Grußwort und Auftakt

Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, begrüßte alle Anwesenden und bekundete seine Freude, den Festakt „25 Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz“ eröffnen zu dürfen. Mit Rückblick auf den gelungenen Film „25 Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz“ und die Enthüllung der Plakette zum Jubiläum an der Neuruppiner Stadtmauer verwies er auf die Bedeutung des Programms, das in Neuruppin aus der Taufe gehoben wurde. Hier verabschiedete am 28. Mai 1991 eine interdisziplinär besetzte Expertengruppe unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Dr. Kiesow mit der Neuruppiner Erklärung den Aufruf, *„das Kulturgut der ostdeutschen Städte vor dem Verfall zu retten“* und *„schrittweise zu erneuern“*.

Mit der Umsetzung dieser „Generationenaufgabe“ konnten in den vergangenen 25 Jahren viele Städte in neuem Glanz erstrahlen und lebendiger werden. Insbesondere die historischen Stadtkerne in den neuen Bundesländern spiegeln die „grandiose Erfolgsgeschichte“ des Städtebaulichen Denkmalschutzes wider. Im Jahr 2009 wurde das Programm aufgrund des hohen Erneuerungsbedarfs in den alten Bundesländern auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt. Dank der Investition von insgesamt 6,5 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Kommunen ist das Programm seitdem eine gesamtdeutsche Erfolgsgeschichte und durch das fachliche Know-How und das Engagement unzähliger Akteure ein Gemeinschaftswerk. In 2017 möchte die Bundesregierung ihr Engagement verbreitern und die Bundesmittel für den Städtebau um 300 Millionen auf rund eine Milliarde Euro insgesamt pro Jahr aufstocken. Damit stehen der Städtebauförderung künftig 740 Millionen Euro zur Verfügung. Ein besonderer

Dank galt den ehemaligen und derzeitigen Mitgliedern der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz, die dazu beigetragen haben, dass der Denkmalschutz nicht nur als gebäudebezogenes, sondern vor allem städtisches Handlungsfeld etabliert werden konnten. Sie haben die positive Entwicklung der Kommunen mitgeprägt – Herr Adler erinnerte insbesondere an Prof. Dr. Kiesow der als Mitbegründer der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und langjähriger Vorsitzender der Expertengruppe maßgeblich zum Erfolg des Programms beigetragen hat.

Neben den Tendenzen von Wachstum und Dynamik werden zukünftig auch Stagnation und Schrumpfung das Bild der Städte kontinuierlich verändern. Trotzdem sollte die Bewahrung der historischen Bausubstanz, die Schaffung von lebendigen Quartieren sowie eine ausgewogene Nutzungsmischung vor dem Hintergrund einer integrierten Stadtentwicklung fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang verwies Herr Adler auf den 2. Europäischen Kongress sowie auf das 2018 stattfindende Europäische Kulturerbejahr, bei dem sich Deutschland maßgeblich beteiligt. Herr Adler appellierte abschließend für die gemeinsame Arbeit an einer friedlicheren und toleranteren Welt: Weltweit werden Menschen durch die Zerstörung ihrer Heimat entwurzelt – durch die Wiederherstellung und den Erhalt identitätsstiftender Gebäude kann der Flucht und Heimatlosigkeit gemeinsam begegnet werden.

Grußwort des Landes Brandenburg

Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, begrüßte alle Anwesenden im Rahmen des Festakts und verwies auf fünf Punkte zum Städtebaulichen Denkmalschutz, in denen große Einigkeit herrscht: Dazu zählen neben der lohnenden Investition der bisherigen öffentlichen Mittel, Einigkeit über die Dringlichkeit der Fortführung des Programms in den kommenden Jahren sowie die daraus entstehende positive Zukunftsperspektive. Unabdingbar sind auch integrierte Konzepte mit Blick auf das Umland und das Engagement aller Beteiligten vor Ort, ohne die das Programm nicht umgesetzt werden könnte.

Anhand von zwei Beispielen machte sie die positiven Zukunftsaussichten des Programms deutlich. Zum einen wies sie auf das Kulturland Brandenburg Programm im Jahr 2016 hin, an dem auch die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg aktiv mit der Ausstellung „Alte Stadt – Museum oder Zukunftslabor?“ beteiligt war. In der Stadt Neuruppin wurde zeitgleich eine Ausstellung zur Kunsthandwerkersiedlung Gildenhall ausgerichtet. Die überraschend hohen Besucherzahlen während der Eröffnung zeugten von der hohen Bedeutung der Themen Identität und Herkunft – die Frage, wie Städte gemeinsam mit den Bewohnern gestaltet werden können, ist dauerhaft aktuell.

Zum anderen bewies das rege Interesse an dem Projekt des Kulturzugs zwischen Berlin und Breslau, an dem sich Berlin und Brandenburg in Kooperation miteinander beteiligen, dass gemeinsame Geschichte Brücken schlagen und auf diese Weise Europa näher miteinander zusammenbringen können. Ministerin Schneider bedankte sich für das Engagement aller Beteiligten und wünschte, dass dieses auch künftig gemeinsam fortgesetzt wird.

Festvortrag

Dr. Friedrich Dieckmann, Schriftsteller und Publizist, ließ anhand seiner persönlichen Erfahrungen zunächst die Situation der deutschen Städte um 1991 Revue passieren: Besonders die ostdeutschen, kriegsverschonten Innenstädte waren vom Substanzverfall geprägt – ein gleichsam vorrevolutionärer Zustand, der die bevorstehenden gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen körperlich spürbar werden ließ. Der gesellschaftliche Stillstand Ostdeutschlands führte jedoch zugleich zur Bewahrung

der baulichen Substanz. So war um 1990 zwar eine stark vernachlässigte, aber erneuerbare historische Substanz vorhanden. Die rechtzeitig eintretende Wiedervereinigung bewahrte sie vor dem irreversiblen Verfall. Als Verdienst von west- wie auch ostdeutschen Fachleuten ist der Erhalt der historischen Innenstädte bis heute ein nationales Aufbauwerk mit europäischer und weltkultureller Dimension.

Dabei war das Prinzip des Denkmalschutzes stets mit dem Begriff des kulturellen Erbes verbunden – die Bauten und städtischen Strukturen bilden die kulturelle Identität einer Stadt. Gerade durch seine städtebauliche Orientierung hat sich das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz daher verdient gemacht – für den Schutz der städtebaulichen Komposition unabhängig vom „*Solitär-Denken der modernen Architektur*“. Dabei waren der Städtebau in Ost wie West seit den 1960er Jahren von der Verleugnung städtebaulicher Zusammenhänge geprägt – auf beiden Seiten herrschte die Tendenz zur Verneinung und Rückbau urbaner Strukturen.

Heute sind Architektur und Städtebau von der – stets auch umstrittenen – Iteration alter Architektur an authentischer städtebaulicher Stelle, einem gleichsam dokumentarischen Historismus geprägt. Der Dresdner Neumarkt zeigt deutlich, wie bedeutend der Städtebauliche Denkmalschutz auch dort ist, wo nur noch Bruchstücke der städtebaulichen Strukturen erhalten sind. Zugleich macht er deutlich, dass die Wiederherstellung der historischen Parzellenstruktur auch für die zeitgenössische Architektur befördernd ist. Um die Qualität dieser Reproduktionen zu gewährleisten, bedarf es der Kontrolle – das Mitspracherecht des städtebaulichen Denkmalschutzes wird stets für die alte als auch die neue Architektur unerlässlich sein. Herr Dr. Dieckmann appellierte an die Akteure des Städtebaulichen Denkmalschutzes sich auch zukünftig nicht entmutigen zu lassen und entgegen der Renditegier und fraglichen politischen Entscheidungen weiterhin für die Würde der Städte einzutreten – um diese für künftige Generationen zu bewahren.

Hinweis: Eine schriftliche Fassung des Beitrags von Dr. Friedrich Dieckmann wird auf der Website des Städtebauförderungsprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz unter www.staedtebaufoerderung.info als Download zur Verfügung gestellt.

Themenwerkstätten mit problemorientierten Stadtrundgängen

Themenwerkstatt I Berlin: Zeitschichten im Blick

Südlich des Alexanderplatzes gelegen spiegelt die Luisenstadt in der Berliner Mitte als Stadterweiterungsgebiet des 19. Jahrhunderts den stadtgeschichtlichen, planerischen und politischen Wandel der Stadt wider. Der ursprünglich von Peter Joseph Lenné für den Transport von Baustoffen konzipierte Luisenstädtische Kanal verbindet mit seiner charakteristischen Bogenform als Teil der Luisenstadt die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Der Verlauf des ab 1926 als öffentliche Grünfläche umgestalteten Kanals hat sich mit dem Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 als künstliche Grenze tief in den Stadtkörper eingegraben. Die mehrjährige Trennung des zusammengehörigen Stadtgebietes führte zu deutlichen stadtstrukturellen Brüchen. Mit dem Fall der Mauer ergaben sich neue Entwicklungsoptionen, die ihren Ausdruck in Neubauten jüngerer Datums finden.

Seit 2005 wird in der Luisenstadt mit dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz die Stadtrenovierung gefördert. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Wiedergewinnung stadträumlicher Bezüge unter Beachtung des ursprünglichen Stadtgrundrisses und die Revitalisierung des Stadtgebiets sowie

des einstigen Grünzugs. Bisherige Erfolge sind neben der Freilegung des Engelbeckens, die Wiederherstellung von Grün- und Erholungsflächen im Kanal und die denkmalgerechte Sanierung des historisch bedeutsamen, ehemaligen Diakonissenstift Bethanien.

Im Rahmen der Themenwerkstatt stand am Beispiel des Luisenstädtischen Kanals die städtebauliche Bedeutung seiner Reaktivierung sowie die Wiedergewinnung des öffentlichen Raumes für heutige Nutzungsansprüche unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Belange im Mittelpunkt.

Begrüßung

Hans Panhoff, Bezirksstadtrat für Planen, Bauen und Umwelt, Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Seit dem Fall der Mauer wird die Luisenstadt von zwei Bezirken städtebaulich entwickelt. Zuvor verlief die Grenzanlage durch das Gebiet, in deren Schatten die Gebäude des ehemaligen Diakonissen-Krankenhauses Bethanien zu verfallen drohten. Der Gebäudekomplex wurde nach Auszug des Krankenhauses 1970 von unterschiedlichen Nutzern okkupiert, sollte in den 1980er Jahren veräußert werden und unterlag seit Jahrzehnten einem zunehmenden Verfall der Gebäude und Außenanlagen. Mit Hilfe der Fördermittel ist es dem Bezirk gelungen, die Nutzung der Gebäude und Außenanlagen so herzurichten und zu unterhalten, dass eine dauerhafte Nutzung möglich ist. Mittlerweile ist der Großteil des Ensembles saniert und die Nutzung mit überwiegend sozialen Einrichtungen gesichert.

Luisenstadt - Stadtreparatur zwischen Ost und West - Erlebarmachung eines Stadtraumes

Maria Berning, Referatsleiterin Städtebauförderung/Stadterneuerung (IV C), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Programmziel des Städtebaulichen Denkmalschutzes ist der Erhalt und die behutsame Weiterentwicklung von historischen Quartieren zu zukunftsfähigen und attraktiven Wohn- und Lebensorten mit hohem Identifikationswert. Die Gebietskulisse konzentriert sich dabei auf innerstädtische Bereiche, umfasst aber auch Stadterweiterungen und Ortskerne. Eine besondere Herausforderung stellt die Luisenstadt dar. Das Fördergebiet wurde durch seine Teilung in Ost- und Westberlin und dem Verlauf der Grenzanlage städtebaulich geprägt. Heute erstreckt sich das Fördergebiet bezirksübergreifend auf die zwei Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte. Neben diesen zwei städtebaulichen Facetten, zeichnet sich das Thema Zeitschichten auch in der Fördersystematik ab. So wird die Förderkulisse Luisenstadt dem Fördergebiet Ost zugeordnet. Aber nicht nur Zeitschichten, sondern auch das Geflecht der verschiedenen Akteure im Programmgebiet findet besondere Berücksichtigung. Der Schwerpunkt liegt daher auf Partizipation und dem Austausch mit den Akteuren vor Ort.

Südliche Luisenstadt - Bürgerbeteiligung und Partizipation am Beispiel der geplanten Spreeuferentwicklung

Matthias Peckskamp, Fachbereichsleiter Stadtplanung, Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Herr Peckskamp stellte zwei Beispiele der Partizipation zu stadträumlichen Gestaltungsmaßnahmen in der südlichen Luisenstadt vor. Das erste Beispiel zeigt die Kontroverse zwischen der durch den Bezirk angestrebten Rekonstruktion des historischen Staudengartens im nördlichen Teil des ehemaligen Luisenstädtischen Kanals und der Ablehnung dieser Maßnahme in der Bevölkerung. Bereits in den 1980er Jahren wurde die geplante Rekonstruktion des Kanals durch Bürgerproteste verhindert und letztendlich die von der Bevölkerung favorisierte auenlandschaftliche Gestaltung umgesetzt. Auch 30 Jahre später, nach Ausweisung des Gebiets als Fördergebiet, sprechen sich die Kreuzberger gegen eine Rekonstruktion und Überbauung des Kanalabschnitts aus. Aufgrund der Widerstände wurde das Förderprojekt aufgegeben, der Kanalabschnitt wurde lediglich instandgesetzt. Das zweite Beispiel zeigt die erfolgreiche Sanierung des in kommunaler Hand befindlichen Gebäudeensemble Bethanien.

Mit einer Neuvorlage nach historischem Vorbild werden die mitunter stark verfallenen Gebäude saniert und die gesamtgärtnerische Anlage wiederhergestellt. Die Gebäude werden weiterhin von kulturellen, künstlerischen und sozialen Einrichtungen genutzt.

Nördliche Luisenstadt – Bürgerbeteiligung und Partizipation am Beispiel der geplanten Spreeuferentwicklung

Reinhard Hinz, Gruppenleiter Sanierungsverwaltung, Stadtentwicklungsamt Bezirk Mitte

Das Spreeufer der nördlichen Luisenstadt wird mit der Zielstellung entwickelt, den 1,5 km langen Abschnitt in eine öffentliche Spreeuferzone umzuwandeln, in dem die Interessen der Stadt (bezirksübergreifende Grünverbindung, Wegeverbindung) und die unterschiedlichen Nutzungsinteressen der Anrainer und der Bürger berücksichtigt werden. Für die Planung ist ein Wettbewerbsverfahren vorgesehen, in dem bereits festgelegte Leitlinien, die im Vorfeld durch Akteure und Bürger erarbeitet wurden, berücksichtigt werden. Das Verfahren ist mit einer Informationsveranstaltung, einer Website die als Informationsbasis und Online-Diskussionsforum diente und einem Akteursworkshop gestartet. In den sich anschließenden Workshops wurden die Leitlinien formuliert und nach Prüfung der Rahmenbedingungen durch die Verwaltung festgelegt. Die fünf Leitlinien (Spreeufer für Alle | Erschließung und Uferwege | Aufenthalt, Begrünung, Flusserlebnis | Orte für Aktionen und optionale Nutzung | Geschichte am Spreeufer erkennen und erleben) werden fester Bestandteil des Wettbewerbsverfahrens sein.

Luisenstädtischer Kanal – Gartenbaudenkmal

Restaurierung zwischen denkmalpflegerischen und heutigen Nutzungsansprüchen

Klaus Lingenauber, Landesdenkmalamt Berlin, Städtebauliche Gartendenkmalpflege

Der Luisenstädtische Kanal ist eines der bedeutendsten Projekte des Landschaftsarchitekten und Stadtplaners Peter Joseph Lenné. Nachdem der Schifffahrtskanal Anfang des 20. Jh. seine Hauptfunktion verlor, wurde er nach Plänen des Berliner Stadtgardendirektors Erwin Barth als Gartenanlage umgestaltet. Im Zuge des Mauerbaus wurde der Kanal teilweise verfüllt und die Grenzanlage auf ihm errichtet. Mit Hilfe von gartenarchäologischen Grabungen wurde nach dem Fall der Mauer originale Bausubstanz von Lenné und Barth restauriert, teilweise fand eine Rekonstruktion nach Barthschem Vorbild statt. Die intensive Bürgerbeteiligung, die den Prozess begleitete und deren Gestaltungsvorstellungen oftmals konträr zur Gartendenkmalpflege verliefen, führte zu Kompromisslösungen im Gestaltungsbild. So treffen heute in dem Luisenstädtischen Kanal die Zeitschichten Lenné, Barth und Gegenwart aufeinander.

Diskussion und Fazit

Die in der Themenwerkstatt vorgestellten Projekte des Fördergebiets Luisenstadt wurden unter dem Fokus Zeitschichten im Blick und Partizipation betrachtet. In dem anschließenden Wortbeitrag wurde die Bürgerbeteiligung als wichtiges Instrument in der Stadtentwicklung angesehen. So wurden bei dem Luisenstädtischen Kanal Gestaltungskompromisse erreicht, die die historische Bausubstanz erhalten und eine zeitgemäße Gestaltung und Nutzung möglich machen. Wie mit der Zeitschicht historische Gartenanlage umzugehen ist, wurde kontrovers diskutiert. Hier kam die Frage auf, ob aufgrund der aufwändigen Pflege solcher Anlagen nicht eine Anpassung an die heutigen Rahmenbedingungen sinnvoll ist oder eine umfassende Pflege eingefordert werden sollte. Die vorgestellten Projekte, die durch Restaurierung, Rekonstruktion, Überbauung und Weiterentwicklung verschiedene Zeitschichten sichtbar machen, spiegeln die Vielschichtigkeit des Fördergebiets Luisenstadt wider. Diese Vielschichtigkeit ist auch dem stetigen Engagement der Bürger zu verdanken.

Themenwerkstatt II Rheinsberg: Menschen in Bewegung

Die Kleinstadt Rheinsberg ist weit über das Land Brandenburg hinaus bekannt und hat im Laufe ihrer Geschichte prominente Besucher wie Prinz Friedrich von Preußen, Theodor Fontane oder Kurt Tucholsky angezogen. Bis heute ist der klassizistische Stadtkern mit dem Rheinsberger Schloss ein beliebtes Ausflugsziel und Anziehungspunkt zahlreicher Touristen. Durch kulturelle Angebote und eine Schwerpunktsetzung auf barrierefreie Urlaubserlebnisse hat die Stadt ein eigenständiges Profil entwickelt. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz hat maßgeblich zur (Wieder-) Gewinnung städtischer Qualitäten beigetragen, was sich in einer Neuordnung der verkehrlichen Erschließung, der Qualifizierung öffentlicher Freiräume und nicht zuletzt in der Erneuerung zahlreicher Einzelobjekte widerspiegelt.

Der Tourismus ist weiterhin der wichtigste Wirtschaftszweig der Stadt, der eine temporäre Belebung und teilweise erhebliche Belastungen in den Sommermonaten mit sich bringt. Erwerbsmöglichkeiten außerhalb des Tourismussektors sind für die städtische Zukunft daher von großer Bedeutung. Die 1762 gegründete Fayencemanufaktur produziert noch immer im historischen Stadtkern und stellt eindrucksvoll unter Beweis, dass Tradition und Regionalität in Rheinsberg eine Perspektive haben. Gleichwohl ist das Aufrechterhalten von kulturellen, infrastrukturellen und Versorgungsangeboten für Bewohner eine besondere Herausforderung – vor allem im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung sowie dem Anstieg des Durchschnittsalters. Die Stadt Rheinsberg reagiert darüber hinaus auf die derzeitigen globalen Wanderungsbewegungen und engagiert sich in der Flüchtlingsunterbringung mit Wohnangeboten.

Die Themenwerkstatt vertiefte die Möglichkeiten und Grenzen der erhaltenden Stadterneuerung für die wirtschaftliche Stärkung historischer Altstädte und bot die Chance sich mit Praktikern und Erfahrungsträgern vor Ort auszutauschen.

Bewohner, Besucher, Beschäftigte – Chancen für die Stadtentwicklung

Thomas Lilienthal, Referent für Stadtentwicklung der Stadt Rheinsberg

Monika Platz, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

Rund 24 Millionen Euro wurden von 1991 bis 2015 in den Erhalt und die Weiterentwicklung der historischen Altstadt von Rheinsberg investiert. Mit Blick auf das kulturelle Erbe und das touristische Potenzial der Stadt wurden in den vergangenen 25 Jahren mehr als 100 Gebäude erneuert. Hierzu gehörten u.a. auch die Sanierung der Remise – heute die Tourist-Information der Stadt – und die Einrichtung der Uferpromenade am Grienericksee, mit der die vormals private Wasserlage wieder öffentlich zugänglich wurde. Mit einem städtischen Eigenanteil von 7,7 Millionen Euro ist das Bürgerzentrum derzeit eines der bedeutendsten Projekte, wodurch die Stadtverwaltung und öffentliche Einrichtungen in die Innenstadt verlagert werden. Neben dem Erhalt des historischen Straßenbildes hat insbesondere die barrierefreie Umgestaltung zahlreicher öffentlicher Einrichtungen, Straßen, Wege und Plätze in den vergangenen Jahren das touristische Profil der Stadt gestärkt. Für die künftige touristische Entwicklung werden auch weiche Faktoren bedeutend sein – die Anbindung Rheinsbergs an die nähere und weitere Umgebung sowie der Erhalt des besonderen Ambientes der Stadt für Besucher und Bewohner.

Statement zum Tourismus

Peter Vogt, Hoteldirektor des „Haus Rheinsberg – Hotel am See“

Das direkt an der barrierefrei gestalteten Uferpromenade des Grienericksee gelegene Hotel „Haus Rheinsberg – Hotel am See“ ist das größte barrierefreie Hotel in Deutschland. Der Entstehungsprozess des Hotels spiegelt die Herausforderung wider, die Anforderung des Tourismus, der Barrierefreiheit und des Denkmalschutzes bei der Projektentwicklung gleichermaßen zu berücksichtigen: Bedenken ergaben sich insbesondere aufgrund des gewählten Bauplatzes, für den das Kuratorium der Fürst Donnersmarck Stiftung zu Berlin ein Grundstück in nächster Nähe zum denkmalgeschützten Rheinsberger Schloss erwarb. In Hinblick auf die künftige Wirkung für das historische Ensembles wurde der 1997 eingereichte Bauantrag zunächst abgelehnt. Es folgten Abstimmungen über Fassadengestaltung und Höhe, u.a. ein Luftballon-Versuch, die schließlich zur Genehmigung und Eröffnung des Hotels im Jahr 2001 führten. Ein stetiger Dialog zwischen den Beteiligten waren bei der Realisierung des Vorhaben von zentraler Bedeutung – Stadt und Gewerbetreibende profitieren von der barrierefreien Ausrichtung des Hotels, die heute ein Alleinstellungsmerkmal für Rheinsberg ist.

Statement zu Arbeitsmarkt und Handwerk

Karl Fulle, Keramiker, fulle Keramik

Im Jahr 1762 wurde in Rheinsberg eine Fayencemanufaktur gegründet – die Tradition der Keramikproduktion wird nach einer wechselhaften Geschichte bis heute in der einstigen Residenzstadt durch freischaffende Keramikünstler als auch in der Dornbusch-Keramikmanufaktur und der Carstens-Keramik GmbH fortgeführt. Mit dem Keramikhotel der Firma Dornbusch und der Rhinpassage – eine Verkaufspassage, in der u.a. Keramikprodukte erworben werden können – ist das Handwerk eng mit dem touristischen Angebot und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt verknüpft. Führungen durch die Keramikmanufaktur Dornbusch bieten einen Einblick in das Kunsthandwerk und der jährlich stattfindende Töpfermarkt zeigt Keramikunst aus dem In- und Ausland. In der Galerie von Keramikünstler Hendrik Schink und dem offenen Atelier von Keramiker Karl Fulle ist zeitgenössische Keramikunst präsent. Verschiedene Aktionen beleben die Keramiktradition: So wurde mit „Der Kanne neuen Kleider“ die Rheinsberger Teekanne, das bekannteste Keramikprodukt der Stadt, von verschiedenen Keramikünstlern neugestaltet. Vernetzt sind die Keramikschaaffenden in der Arbeitsgemeinschaft Keramik – sie organisieren auch das Programm des jährlichen Töpfermarktes.

Diskussion und Fazit

Im Rahmen des Stadtrundgangs standen insbesondere die barrierefreie Umgestaltung des öffentlichen Raums sowie die Revitalisierung der historischen Gebäude in der historischen Altstadt u.a. durch die Entwicklung neuer Nutzungskonzepte im Fokus. Beispielhaft wurde hierbei auf das Bürgerzentrum und die Uferpromenade aufmerksam gemacht. Insbesondere in Konflikten zwischen den Akteuren – Nutzern, Denkmalpflegern und Bauherren – sind eine intensive Abstimmung und der stetige Dialog von besonderer Bedeutung. Es zeigte sich, dass Handwerk und Tourismus auf Grundlage der erhaltenden Stadterneuerung deutliche Synergien eingehen. Das touristische Profil mit dem barrierefrei gestalteten, historischen Stadtkern und die Keramiktradition Rheinsbergs sind bedeutende Ansiedlungsfaktoren für inhabergeführte Manufakturen.

Themenwerkstatt III Potsdam: Bauen findet statt

In der Landeshauptstadt Potsdam wird mit dem 1999 festgesetzten Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ das umfangreichste Stadterneuerungsprojekt der Stadt umgesetzt – die Wiedergewinnung der historischen Stadtmitte. Nachdem der historische Stadtkern während des Zweiten Weltkrieges zerstört und in DDR-Zeiten städtebaulich überformt worden war, hatte die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung bereits 1990 die Wiederannäherung an das charakteristische, historisch gewachsene Stadtbild beschlossen. Der Landtagsneubau, der unter Berücksichtigung der historischen Bezüge erfolgte, bot einen wesentlichen Anstoß für die weiteren städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen. Die Vorbereitungen zur Neubebauung am Alten Markt wurden mit der Änderung der Verkehrsführung und der Parzellierung auf Basis des historischen Stadtgrundrisses eingeleitet, so dass bereits umfangreiche öffentliche und private Investitionen erfolgen konnten.

Gestalterische Grundlage der Entwicklungsstrategie für die Potsdamer Mitte ist seit 2010 das Integrierte Leitbautenkonzept. Es unterscheidet in Leitbauten, die in der äußeren Gestaltung vollständig dem historischen Vorbild entsprechen müssen, in Gebäude, deren Fassade rekonstruiert werden soll und formuliert gestalterische Vorgaben für die übrigen Neubauten.

In der Themenwerkstatt erfolgte ein Austausch zur planerisch-konzeptionellen Herangehensweise für die Wiederherstellung des historischen Stadtgrundrisses, zum Umgang mit Nachkriegsarchitektur und zur Rezeption in der Stadtgesellschaft.

Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte

Andreas Goetzmann, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Potsdam

Die „Potsdamer Mitte“ im Bereich des Alten Marktes und des Stadtschlusses war im 18. Jahrhundert Ausgangspunkt der barocken Stadterweiterungen und Vorstädte und wurde im April 1945 weitgehend zerstört. Die Bemühungen zum Wiederaufbau nach dem Krieg waren durch verschiedene Planungen, Konzepte und anschließende Bautätigkeiten bestimmt, die zunächst eine solitärbezogene Strukturierung des Gebietes forcierten. Weitere Grundsatzentscheidungen erfolgten 1990, als der zwischenzeitlich errichtete Theaterrohbau abgetragen wurde und die Stadtverordnetenversammlung die Wiederannäherung an das gewachsene historische Stadtbild beschloss. Erste Veränderungen wurden mit der Wiederherstellung des Neuen Lustgartens im Rahmen der Bundesgartenschau 2001 sichtbar. Die Entscheidung des brandenburgischen Landtags, seinen Sitz in einem äußerlich dem Stadtschloss nachempfundenen Neubau an den Alten Markt zu verlegen, gab der Entwicklung 2005 einen neuen Anstoß. Mit der Durchführung einer Planungswerkstatt im Jahr 2006 und dem Integrierten Leitbautenkonzept vier Jahre später wurde die weitere Entwicklungsperspektive definiert. Ziel der Stadt ist es, bis etwa 2025 eine vielfältige und lebendige Nutzungsmischung in der Potsdamer Mitte zu erreichen. Auch die Weiterentwicklung des Neuen Lustgartens wird fokussiert.

Statement aus Planersicht

Prof. Urs Kohlbrenner, Stadtplaner, Berlin

Prof. Urs Kohlbrenner zeichnete in seinem Statement die Konzepte, Konflikte und Konsense des Planungs- und Entwicklungsprozesses „Potsdamer Mitte“ aus Planersicht nach. Die Auseinandersetzung mit der historischen Struktur des Gebietes im Vergleich zu den bestehenden Gebäuden im Rahmen der Bereichsentwicklungsplanung 1993 zeigte, dass die Erhaltung der bestehenden Objekte und die durch die Stadtverordneten beschlossene Wiederannäherung an das historische Stadtbild nicht vereinbar sind. Der historische Stadtgrundriss wurde als zukunftsfähigster Stadtgrundriss herausgearbei-

tet – hierfür legte das Integrierte Leitbautenkonzept Gestaltungsvorgaben fest, die sich auf die Parzellierung der Grundstücke, die Verteilung der Nutzungen und die Gestaltung der Bebauung beziehen. Damit wird ein Qualitätsanspruch an die Architektur in der „Potsdamer Mitte“ definiert. Die Erfahrung des bisher durchgeführten Bieterverfahrens zeigt, dass die Qualität der Entwürfe steigt, je kleiner die vorgegebenen Parzellen sind.

Statements aus Sicht von Bürgerinitiativen

André Tomczak, Potsdamer Mitte neu denken

Die Bürgerinitiative „Potsdamer Mitte neu denken“ hinterfragt die gegenwärtigen Planungen zur Annäherung an das historische Stadtbild und setzt sich unter anderem mit der Konzeption für das Areal der Fachhochschule auseinander. Aus ihrer Sicht zeigt sich das Gebiet um den Alten Markt durch die Bebauung am Havelufer bereits heute als geschlossener Stadtplatz mit funktionsfähigen öffentlichen Räumen. Die Annäherung an den historischen Stadtgrundriss ist abgeschlossen – von dem geplanten großflächigen Abriss wie im Fall der Fachhochschule ist aus Sicht der Initiative abzusehen. Die Initiative plädiert für sich überlagernde städtebauliche Strukturen mit vielfältigem Gebäudebestand und reichte nach erfolgter Unterschriftensammlung ein Bürgerbegehren gegen den Abriss ein. Aus Sicht von Herrn Tomczak stellt sich die Frage, ob Städtebaufördermittel nicht auch für einen Umbau der jüngeren Architektur eingesetzt werden können.

Saskia Hüneke, Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS e.V.) und Stadtverordnete

Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS e.V) und als Stadtverordnete setzte sich Saskia Hüneke mit den Planungen zur „Potsdamer Mitte“ auseinander. Das langfristige Vorgehen und die behutsame Annäherung an die historischen Strukturen sind im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Oktober 1990 festgelegt und werden konsequent verfolgt. Die Entstehung von Wohnraum auf dem Areal der Fachhochschule erfordert – anders als Wohnungsneubau am Stadtrand – keine grundsätzlich neue infrastrukturelle Erschließung und steht daher einer nachhaltigen Entwicklung nicht entgegen. Der Lustgarten ist ein bedeutender Grünraum und als Freiraum auch für die direkten Anwohner wiederherzustellen. Die Planungen verzeichnen insgesamt ein hohes bürgerschaftliches Engagement. Städtebauliche und demokratietheoretische Gründe sprechen dafür, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung weiterhin umzusetzen. Die Bürgerinitiative „Mitteschön“, die seit dem Jahr 2000 intensiv in die Diskussion eingebunden ist, vertritt einen rekonstruierenden Ansatz, der nicht vollständig erfüllt wird, da das Leitbautenkonzept zwischen den Leitbauten im Rahmen der Gestaltungsvorgaben auch moderne Objekte zulässt.

Diskussion und Fazit

Die Planungen zur Wiederherstellung der „Potsdamer Mitte“ wurden in der Themenwerkstatt aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Die Teilnehmenden waren im Nachgang insbesondere an der Sicherstellung der sozialen Mischung im entstehenden Quartier, an den bisherigen Erfahrungen mit dem für den Verkauf der Grundstücke angewendeten zweistufigen Bieterwettbewerb und an der Finanzierung der Maßnahme interessiert. Das hohe bürgerschaftliche Engagement und die Auseinandersetzung mit dem Konzept in der Stadtgesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven wurden in der Diskussion positiv hervorgehoben.

Bearbeitung

complan Kommunalberatung GmbH
Voltaireweg 4 · 14469 Potsdam
fon +49 (0)331 20 15 10
info@complangmbh.de
www.complangmbh.de